

## **LINKE prüft Abschaffung der Elternbeiträge**

Der Wert eines rot-roten Koalition muss sich an vielem messen lassen: Wie organisieren wir ein lebenswertes Leben in den unterschiedlichen Regionen Brandenburgs? Wie kann das Land ökonomisch erfolgreich, ökologisch zukunftsfest und zugleich sozial gerechter werden? Wie sichern wir die Teilhabe aller am Reichtum des Landes und wie die demokratische Mitwirkung? Und eine entscheidende Frage dabei ist: Wie gelingt es, die frühkindliche Bildung, Betreuung, Versorgung und Erziehung so auszugestalten, dass jedes Kind unabhängig von seiner sozialen Herkunft die Grundlagen für ein selbstbestimmtes Leben erwerben und seine Potenziale entfalten kann?

Dafür tragen Eltern Verantwortung. In einer immer stärker auf Verdichtung und Beschleunigung ausgerichteten Arbeitswelt ist dies keine leichte Aufgabe. Eine wirkliche kindgerechte Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist nur schwierig zu gewährleisten. Davon können alle Eltern von Kita- und Schulkindern ein Klagelied singen. Gleichmaßen wichtig ist es, auch Kindern erwerbsloser Eltern ein anregungsreiches Aufwachsen zu ermöglichen.

Der nunmehr seit August 2013 für alle Kinder geltende Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung war ein längst überfälliger Schritt und ist zumindest in den neuen Bundesländern auf schon gelebte Praxis gestoßen. Der Anspruch aber muss eine qualitativ hochwertige Kindertagesbetreuung sein. Diese kann sich in Brandenburg durchaus sehen lassen. Wir können inzwischen für 62 Prozent der 0- bis 3-jährigen und für 95 Prozent der 3- bis 6-jährigen die Kitabetreuung gewährleisten. Von den 6- bis 12-jährigen besuchen 62 Prozent einen Hort. In Brandenburg kann jede Familie, die es möchte, eine Betreuung in Anspruch nehmen.

Insbesondere die Kommunen haben Herausragendes geleistet. Sie tragen rund 58 Prozent der Personal- und Betriebskosten und sind Träger von etwa 50 Prozent der Kitas.

Aber auch das Land hat einen wesentlichen Anteil an der positiven Entwicklung. Die Zuschüsse werden bei etwa gleich bleibender Kinderzahl von 149 Millionen Euro im Jahr 2009 auf 287 Millionen im Jahr 2016 steigen und sich bis 2018 auf 330 Millionen quasi verdoppeln. Das hat in Brandenburg keine andere Regierung vorher geleistet.

Dennoch gibt es noch mehrere Probleme zu bewältigen. Eine gute Qualität ist maßgeblich von einer guten Personalausstattung abhängig. Von einer solchen sind wir in Brandenburg noch weit entfernt. Nachdem wir in der letzten Legislatur die Fachkraft-Kind-Relation für die 0- bis 3-jährigen von 1:7 auf 1:6, die der 3- bis 6-jährigen von 1:13 auf 1:12 verbessert haben, werden wir uns im Landtag nun am Donnerstag in erster Lesung mit einer Änderung des Kita-Gesetzes befassen, um den Personalschlüssel nochmals zu verbessern – zunächst in den Krippen auf 1:5,5 ab August 2015 und auf 1:5 ab August 2016. Die Kosten dafür übernimmt wieder allein das Land. Durch die jetzt zu beschließende Verbesserung werden wir 900 Erzieherinnen zusätzlich einstellen können.

Dennoch wird auch damit noch keine befriedigende Personalausstattung erreicht. Wir sind gehalten, die gesamte Finanzierungssystematik noch einmal dahingehend zu überprüfen, dass auch lange

Betreuungszeiten mit der Finanzierung aufgefangen werden. Wir haben die Situation, dass die meisten Kinder aufgrund der Erwerbstätigkeit beider Eltern und der oftmals langen Fahrtwege in unserem Flächenland mehr als acht Stunden in den Einrichtungen sind, die Erzieher-Kind-Relation aber nur für sechs Stunden berechnet wird. Das führt dazu, dass die Gruppen noch immer zu groß für die so notwendige Bindungsarbeit sind. Vor diesem Hintergrund bekräftige ich die Unterstützung der Forderungen der Erzieherinnen und Erzieher für eine größere Wertschätzung ihrer Arbeit in den derzeit laufenden Tarifverhandlungen. Sollten sie erfolgreich verlaufen, werden vor allem die Kommunen, aber auch das Land erhebliche Mehrbelastungen zu schultern haben. Aber das sollten uns die Kinder wert sein. Denn sie profitieren von der Zufriedenheit ihrer Erzieher mit ihrem Beruf ganz unmittelbar.

In der Kitagesetznovelle werden wir zudem eine für die LINKE ausgesprochen wichtige Veränderung vornehmen: Auch in Brandenburg wird es demnach wie in zehn weiteren Bundesländern auf der Ebene der Landkreise und des Landes Elternbeiräte geben.

Die Forderung nach Elternbeitragsfreiheit wurde in der vergangenen Woche durch eine Petition von 12 000 Eltern in den politischen Raum getragen. Für die LINKE ist dies eine legitime Forderung, zumal die Eltern in Brandenburg mit etwa 18 Prozent anteilig und sozial gestaffelt die Kindertagesbetreuung mit finanzieren, wir aber ausgehend vom Recht auf Bildung politisch für die Beitragsfreiheit sind. Die LINKE prüft, inwiefern eine Regelung, wie sie in Berlin für drei Kitajahre existiert und wie sie in Thüringen angestrebt wird, finanziert werden kann.

Die Novelle des Kita-Gesetzes soll nach einer Anhörung am 25. Juni im Bildungsausschuss im Juli zur Abstimmung gebracht werden.